

**Vorstand der Partei der Europäischen Linken (EL)  
Beratung in Berlin, 09.-10. Januar 2009**

**Waffenruhe jetzt! Stoppt den Krieg! EL mobilisiert für den Frieden**

Die Sitzung des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken (EL) in Berlin findet zwei Wochen nach dem Beginn der Aggression der israelischen Streitkräfte gegen das palästinensische Volk im Gazastreifen statt. In diesen Tagen muss die Friedensbewegung zur breitestmöglichen Unterstützung der Forderung nach einem Ende dieses Krieges mobilisieren. Die Europäische Linke ruft ihre Mitgliedsparteien auf, in den nächsten Tagen in diesem Sinne aktiv zu werden.

Die EL verurteilt aufs Schärfste die israelische Invasion im Gazastreifen, die so viele Menschen das Leben kostet, die meisten Zivilisten, darunter viele Kinder. Die kollektive Bestrafung der Bevölkerung dieses dicht besiedelten Landstrichs, die bereits die tragischen Folgen einer langen Blockade zu ertragen hatte, ist durch nichts zu rechtfertigen.

Der EL-Vorstand fordert eine sofortige Waffenruhe und den Abzug aller israelischen Truppen aus dem Gazastreifen sowie die nachfolgende Einstellung aller Kampfhandlungen auf beiden Seiten.

Ebenso fordern wir, dass die Blockade des Gazastreifens unverzüglich aufgehoben wird und alle Grenzübergänge geöffnet werden.

Wir schätzen die Bemühungen des UNO-Sicherheitsrates, eine sofortige Waffenruhe zu erreichen. Aber weitere konkrete Maßnahmen sind erforderlich, um sicherzustellen, dass Israel seinen Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht nachkommt und die entsprechenden Resolutionen der UNO respektiert.

Die EL, die konsequent für friedliche Konfliktlösung eintritt, fordert den UNO-Sicherheitsrat auf, konkrete Schritte zu beschließen, um dem Massaker ein Ende zu setzen, die Blockade aufzuheben und Frieden auf der Grundlage der UNO-Resolutionen herzustellen. So sollte die UNO u. a. ein sofortiges Waffenembargo für Israel verhängen und einen Prozess der Demilitarisierung der ganzen Region, ihrer Umwandlung in eine atomwaffenfreie Zone, in Gang setzen.

Vor allem erwarten wir von der Europäischen Union, dass sie konkrete Maßnahmen ergreift und nicht nur Erklärungen abgibt. Die Europäische Linke verlangt, dass das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel sofort ausgesetzt und der Dialogprozess über dessen Aufwertung entsprechend den EU-Richtlinien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts gestoppt wird.

Wir verurteilen die Erklärungen der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft. Es ist nicht hinzunehmen, dass Opfer und Aggressor auf eine Stufe gestellt werden. Israel hätte diesen Krieg nicht angefangen, hätte es nicht von der Bush-Administration der USA grünes Licht bekommen. Die EU darf diesen Kurs der Komplizenschaft nicht fortsetzen.

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie in diesen Tagen im Gazastreifen verübt werden, dürfen nicht ungesühnt bleiben. Wir fordern, dass die entsprechenden nationalen und internationalen Schritte gegangen werden, um diese Kriegsverbrecher einer wirksamen Bestrafung durch die zuständigen Justizorgane zuzuführen.

Die Partei der Europäischen Linken setzt ihre Zusammenarbeit mit linken Parteien sowie demokratischen und Friedenskräften in Israel und Palästina fort.

In dieser kritischen Situation appellieren wir an die Palästinenser, eine nationale Versöhnung herbeizuführen, weil dies der einzige Weg ist, um ein einheitliches, freies Palästina zu erreichen, um den politischen Prozess zum Erfolg zu führen. Wir grüßen die mutigen Stimmen in Israel, die gegen den Krieg, gegen die Militarisierung der israelischen Gesellschaft und für einen gerechten Frieden kämpfen.

Die israelische Kriegs- und Aggressionspolitik – wie der Krieg gegen Libanon – beweist, dass militärische Gewalt zu noch weniger Sicherheit für Israel führt. Zu alter Feindschaft kommt neue hinzu, und Hass regiert die Region.

Auf der Nahostkonferenz der EL im Dezember 2008 in Istanbul haben wir erklärt:

*“Von Frieden und Stabilität im Nahen Osten kann keine Rede sein, solange keine dauerhaften Lösungen für die Probleme der Region gefunden werden. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist die Anerkennung und Durchsetzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen Staat der die gleichen Rechte wie Israel genießt und friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn entwickeln kann. Die militärische Besetzung palästinensischer Gebiete muss beendet, die Blockade des Gazastreifens, die so viele menschliche Tragödien verursacht hat, muss aufgehoben und die ‚Mauer‘, die Israel errichtet hat, niedergerissen werden.*

*Wir fordern die Räumung der israelischen Siedlungen, die Beseitigung der Apartheid-Mauer und die Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr entsprechend der UNO-Resolution 194. Entsprechend den UNO-Beschlüssen fordern wir außerdem die Errichtung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt.“*

Berlin, 10. Januar 2009